



Blickpunkt Rodgau.



CDU-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung
Hintergasse 15 ■ 63110 Rodgau ■ CDU@Rodgau.de ■ Fon 6 15 41

Wir informieren aktuell zu kommunalen Themen!



Sehr geehrte Damen und Herren,

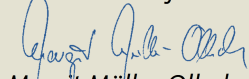
mit der zweiten Ausgabe unseres Newsletters „Blickpunkt Rodgau“ wollen wir Sie über die Standpunkte der CDU zu einigen wichtige Themen aus der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung informieren.


Wir würden uns freuen, wenn Sie uns dazu Ihre Meinung übermitteln. Die Emailadresse der CDU-Fraktion finden Sie in der Überschrift, die Emailadressen der benannten Stadtverordneten auf der Homepage der CDU Rodgau.

Da die Darstellung aller Themen zu umfangreich für diese Ausgabe ist, werden wir im Januar des nächsten Jahres zu weiteren Themen berichten.

Für Weihnachten und das Neue Jahr wünschen wir Ihnen persönlich und für alle Gremien der CDU in Rodgau ein frohes Fest und ein gesundes und glückliches Jahr 2014.

Mit besten Grüßen


Margit Müller-Ollech
Vorsitzende
CDU Rodgau


Clemens Jäger
Vorsitzender
CDU-Fraktion

Desaströse Haushaltspolitik: Der Bürger zahlt die Zeche! Kooperation erhöht Grund- und Gewerbesteuer ab 2014.

SPD, Grüne, FDP und FWG haben zum Entwurf des Haushaltsplanes 2014 gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der weiteren Opposition die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer beschlossen. Vergeblich war der Vorschlag der CDU-Fraktion, die Abstimmung über den Etat in den Februar 2014 zu verschieben, um fraktionsübergreifend weitere Einsparpotentiale auszuschöpfen. Hier einige Auszüge aus der Haushaltsrede des CDU-Fraktionsvorsitzenden:

■ „Im Grunde ist das Schreiben der Kommunalaufsicht ein Misstrauensantrag an die Finanzpolitik von Bürgermeister Hoffmann und der ihn tragenden Kooperation. Auch die Kommunalaufsicht traut dem Kämmerer nicht zu, mit seinem halbherzigen Weg tatsächlich bis 2020 zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen.“

„Ihre Strategie, bis zum Jahre 2020 durch ständig steigende Einnahmen (z.B. von rund 60,5 Mio. Euro 2012 prognostiziert auf rund 71,6 Mio. Euro 2017) sozusagen zu einem „automatischen“ Haushaltsausgleich im Jahre 2020 zu kommen, ist jetzt nicht nur von uns bezweifelt und widerlegt worden, sie haben es nun auch schwarz auf weiß von der Kommunalaufsicht. Diese prognostiziert ein bis 2020 „zusätzliches aufgelaufenes Defizit von 37.258.424,00 Euro“.“

„Die Erfahrung der letzten Jahre hat uns gezeigt, dass die Mehrheit dieses Hauses in ihren Vorstellungen gefangen ist und einen Blick über den Tellerrand scheut. Sie wollen keine sachliche und konstruktive Diskussion über die Finanzprobleme dieser Stadt“.

■ **Zur Begründung der Ablehnung der Steuererhöhungen:** „Es wird, wie in den

vergangenen Jahren, im Entwurf des Haushaltsplanes 2014 nicht nur nicht in ausreichendem Maße, sondern überhaupt nicht eingespart. Wir haben in den Jahren 2012 zu 2014, ausweislich dieses Entwurfs, Mehreinnahmen bei den Steuern, Zuweisungen und Umlagen von 3,5 Mio. Euro (2012-2013) und 2,2 Mio. Euro (2013-2014), also insgesamt rund 5,7 Mio. Euro. Trotz dieser Mehreinnahmen bleibt am Ende des Jahres 2014 ein Defizit von rund 7,1 Mio. Euro gemäß der Aktualisierung.“

→ Fortsetzung Seite 2



Herbert Massoth,
Themen:
Finanzen,
Jügesheim.

55 Jahre, Stadtverordneter seit 2011, Mitglied im Ortsbeirat Jügesheim.

Kooperation geht den falschen Weg: Entwicklung Jügesheimer Zentrum mit Fragezeichen

■ „Natürlich ist grundsätzlich festzustellen, dass Rodgau im Vergleich zu anderen Städten bei der Einzelhandelskonzeption und wie binde ich die Kaufkraft vor Ort hinterherhinkt.“

Auch die CDU wünscht sich ein gutes und vielfältiges Angebot an Geschäften für die Bürgerinnen und Bürger Rodgaus... und wir hätten auch nichts dagegen, wenn Kunden aus benachbarten Städten und Gemeinden bei uns einkaufen.

Doch ist es aus unserer Sicht der falsche Weg die Drucksache 182/2013 so zu beschließen. Es sind eine ganze Reihe

Themen Stadtverordnetenversammlung am 09.12.2013 mit Bericht in diesem „Blickpunkt Rodgau“:

■ Einzelhandelskonzept Stadt Rodgau, Grundsatzbeschluss Zentrum Jügesheim

■ Haushaltsplan 2014: Steuererhöhungen

■ Rodgau-Ring-Straße: Kein Weiterbau bis 2020

Weitere Berichterstattung folgt!

Themen, über die wir noch berichten werden (Januar 2014):

- Bebauungsplan Hengstern (W 25): Enteignung Plan der Kooperation?
- Bebauungsplan Jügesheim Nr. 26.1: Kooperation für Wegfall der Grünfläche
- Theater und Kleinkunst: Kein neues Konzept, Zuschussbedarf steigt und steigt.

von Punkten offen, die vor einem solchen Beschluss geklärt werden müssen:

- Die verkehrlichen Auswirkungen, wo wird welcher Verkehr wie geleitet,
- was bedeutet dies für die Anwohner,
- die Frage der Parkplätze,
- die Städtebauliche Entwicklung insgesamt.

Dies sind die Fragen, die vor einem Grundsatzbeschluss geklärt werden sollten; die in ein Konzept Innenstadtentwicklung Jügesheim einfließen müssten.

Zum Thema Verkehr: Im Haupt- und Finanzausschuss hat der Bürgermeister die Aussage getroffen, es sei die Zielkonzeption, keinen Verkehr von außerhalb zu holen – das mit Verlaub gesagt ist Unsinn!

Herr Bürgermeister: Ich frage Sie: Wie sollen die Bürgerinnen und Bürger von Rodgau und die Besucher von außerhalb das neue Stadtzentrum in Jügesheim erreichen, um dort einzukaufen? Außerdem gibt es Zubringerverkehr um die Geschäfte mit Waren zu beliefern. Der Verkehr wird zunehmen. Ein großes Problem wird das Parkplatzangebot sein. *Einzelhandelskonzept: Bericht kommt.*

Fortsetzung von Seite 1, Haushalt:

„Und damit ... mit Blick auf die Abstimmung über ihren Antrag auf Erhöhung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer keine Legendenbildung betrieben werden kann: Ich habe schon zum Entwurf des Haushaltsplanes 2012 an diesem Rednerpult erklärt und wiederhole das heute: „Selbstverständlich ist auch die CDU bereit, im Rahmen einer nachhaltigen Haushaltssanierung und -konsolidierung über Steuererhöhungen mit allen anderen Fraktionen zu sprechen.“

„Aber für uns gilt der unumstößliche Grundsatz: vor Steuererhöhungen müssen alle möglichen Einsparpotentiale ausgenutzt werden. Sparen kommt schon im Alphabet vor Steuererhöhung.“

Solidarbeitrag für Kinderbetreuung?

Dazu auch aus der Haushaltsrede:

„...die Erhöhung der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer verändert die Situation grundlegend. Bedingt durch die Belastung der Bürgerinnen und Bürger rücken, neben den von uns zwar immer und immer wieder geforderten Einsparungen im Etat, auch Fragen grundsätzlicher Bedeutung in den Blickpunkt.

Wenn zusätzliche Belastungen sein müssen, kann man durchaus die Frage stellen, ob neben Steuererhöhungen der, zumindest teilweise, Verzicht auf freiwillige Leistungen auch in die Überlegungen einzube-

Kooperation gegen Rodgau-Rings-Str: Voreiliger Verzicht bringt Nachteile für die ganze Stadt. CDU: Gutachten nachbessern

„Die Rodgau Ringstraße von Hainhausen bis Nieder Roden ist für die Beweglichkeit von Stadtteil zu Stadtteil nicht mehr wegzudenken. Und es ist keinem vernünftig denkendem Menschen zu erklären, dass wir auf das letzte Teilstück verzichten sollen und stattdessen den Verkehr rechts und links in die Stadtteile vertreiben.“

Ein für uns halbherziges, unfertiges Gutachten soll beweisen, dass das letzte Teilstück überflüssig ist. Vielleicht wollen auch einige Mitglieder der Kooperation ihr Gewissen damit beruhigen.

Der Bebauungsplan der festgelegten Trasse wurde auf Klage eines Anliegers vom Gericht gekippt, nicht bezogen auf die Gründe des Anliegers, sondern bezogen auf die Ausgleichsfläche, die von der Stadt damals nur angepachtet, aber nicht angekauft wurde und somit nicht zwingend 35 Jahre zur Verfügung gestanden hätte.

1. Anmerkung: Hätte man also damals schon angekauft, hätten wir heute die Rodgau-Ringstr. und das abjagen der inzwischen verkauften Fläche an einen Landwirt würde sich erübrigen.

2. Anmerkung: Ehrlicher wäre es gewesen, wenn Sie als Kooperation, das letzte Teilstück der Rodgau-Ringstraße nicht wollen dürfen, weil zumindest eine Frak-

Wir wünschen Ihnen und Ihren Lieben gesegnete Weihnachten sowie ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2014.

CDU Ortsverband Weiskirchen
Anette Schweikart-Paul
Danziger Straße 18
Telefon: 06106 14 71 0

CDU Ortsverband Rodgau Mitte
Heiko Lautenschlager
Rikestraße 21
Telefon: 06106 5709

CDU Ortsverband Dudenhofen
Clemens Jäger
Austraße 29
Telefon: 06106 23 27 3

CDU Ortsverband Nieder-Roden
Lars Neumann
Stornstraße 11
Telefon: 06106 25 94 775

CDU Stadtverband Rodgau
Margit Müller-Gleich
Ober-Rodener Straße 168a
Telefon: 06106 88 84 11

ziehen wäre. Hier lässt sich ... durchaus die Frage formulieren, ob der Verzicht auf eine Beitragsfreiheit im Bereich der Kinderbetreuung, mit Blick auf die Gesamtheit der Bürgerschaft, einen angemessenen Deckungsbeitrag für die Minderung eines Defizits darstellen könnte.

Allerorten in der Stadt gibt es darüber in diesem Zusammenhang bereits Diskussionen. Man hört, dass die Beitragsfreiheit für Eltern mit ausreichendem Einkommen mit Fragezeichen versehen wird. Man hört die Fragen, ob die Ziele, die bei der Einführung der Beitragsfreiheit erreicht werden sollten, tatsächlich auch nur in

Anette Schweikart-Paul,



Themen: Soziales, Kultur.

60 Jahre, Stadtverordnete seit 1977, CDU-Sprecherin im Ausschuss Soziales und Kultur, Vorsitzende der CDU Weiskirchen.

tion der Kooperation die Rodgau Ringstr. nicht will und schon immer boykottiert hat, dass sie dies auch so gesagt hätten.

Stattdessen wurde ein Gutachten erstellt, das Büro nicht mit allen notwendigen Zahlen und Informationen unterstützt, siehe die fehlenden Bau- und Gewerbebetriebe, so dass falsche Rückschlüssen die Folge sind.

Ich finde es geradezu sträflich, wenn über den Bau einer Straße entschieden werden soll, aber die städtebauliche Entwicklung außer Acht lässt. Ihr Scheibchendenken zieht sich heute wie ein roter Faden durch die Tagesordnung. Zur Entwicklung einer Stadt gehört etwas mehr als nur eine Idee zu haben. So wie man in der Medizin den ganzen Menschen sehen muss, muss bei Straßenplanungen die gesamte städtebauliche Entwicklung gesehen werden. Es muss die Zusammenführung der Rahmenpläne Stadtentwicklung und Verkehrsentwicklung erfolgen. Nur so kann sich ein schlüssiges Bild für Gesamtrodgau ergeben.“

Teilen so eingetreten sind. Und man hört in Gesprächen auch immer wieder, dass die hiesige Beitragsfreiheit bei der Wohnortwahl keine Rolle spielt.

Mit Blick auf alle diese Fragen, muss die Frage nach einem, zumindest temporären, Solidarbeitrag auch in diesem Bereich durchaus ein Thema ernsthafter Überlegungen sein dürfen.

Vielleicht wäre es im Interesse einer allgemeinen Akzeptanz sinnvoll, wenn denn möglich, diese Fragen sachlich und ergebnisoffen auch mit der Bürgerschaft zu diskutieren.